

Abgeordneter Mag. Dr. Rudolf Taschner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Das Medizinstudium, so wie es jetzt läuft, hat ja eigentlich die in es gesetzten Erwartungen mehr als erfüllt: Es gibt eine stärkere praktische Ausbildung der Studierenden, es gibt kürzere Ausbildungszeiten, es gibt eine deutlich höhere Abschlussquote.

Das Medizinstudium als solches ist aber in das Gesundheitssystem sozusagen einzuweben, wenn dann diese Ärzte nicht nur in die Forschung, sondern auch in die Praxis, zu den Patienten, gehen.

Nun stellt sich folgende Frage, sehr geehrter Herr Bundesminister:

284/M

„Wie stellen Sie sicher, dass die Medizin-Universitäten den aktuellen Herausforderungen an das Gesundheitssystem Rechnung tragen können?“

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung Dr. Martin Polaschek:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die medizinischen Universitäten erfüllen in ihrem Kompetenzbereich universitäre Ausbildung auf jeden Fall die Erwartungen. Die Herausforderungen im Gesundheitsbereich sind aber vielschichtig und es gibt viele Player.

Mit dem Programm Uni-Med-Impuls 2030 haben wir mit zehn unterschiedlichen Maßnahmen alles getan, um vonseiten der medizinischen Universitäten für genügend Absolventinnen und Absolventen zu sorgen.

Alleine in der Leistungsvereinbarungsperiode 2022 bis 2024 stehen dafür rund 180 Millionen Euro zur Verfügung. Diese 180 Millionen Euro zusätzlich fließen in den kontinuierlichen weiteren Ausbau der Studienplätze. Es werden dadurch im Laufe der nächsten Jahre weitere 200 Plätze dazukommen beziehungsweise sind zum Teil schon dazugekommen.

Es geht auch um die Attraktivierung der Allgemeinmedizin, indem eigene Professuren für diesen wichtigen Bereich geschaffen werden, damit dieser Bereich in der Lehre noch mehr präsent ist.

Es wird ein eigenes, interuniversitäres Ignaz-Semmelweis-Institut für Infektionsforschung gegründet, das von allen medizinischen Universitäten, der Veterinärmedizinischen Universität und der Johannes-Kepler-Universität gemeinsam betrieben wird.

Wir unterstützen darüber hinaus auch weitere wichtige Bereiche wie etwa Public Health, die Epidemiologie und überhaupt die Stärkung von Forschungs-kooperationen, und wir investieren außerdem in langjährige, mehrere Hundert Millionen Euro schwere Infrastrukturprojekte wie etwa das Center for Precision Medicine an der Medizinischen Universität Wien – diese Präzisionsmedizin ist ja die Zukunft der Medizin –, außerdem in ein biomedizinisches Forschungs- und Entwicklungszentrum Tirol sowie in einen völlig neuen Campus an der Medizinischen Universität Graz.

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zusatzfrage, Herr Abgeordneter? – Bitte.

Abgeordneter Mag. Dr. Rudolf Taschner (ÖVP): Sie haben von Leistungsvereinbarungen gesprochen, das bringt mich auf folgende Frage: Es werden ja jetzt die Leistungsvereinbarungen an den Universitäten wieder durchgeführt werden. Wie werden Sie da sicherstellen können, dass das solide Budget an den öffentlichen Universitäten für diese gut genug ist? Wie schauen Ihre Vorstellungen für die Universitäten, aber auch für die Weiterentwicklungen der anderen höheren Schulen des gesamten Hochschulsektors aus?

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung Dr. Martin Polaschek:

Die Leistungsvereinbarungsperiode geht ja noch bis zum Jahr 2024, es werden aber natürlich im kommenden Jahr schon die Budgetverhandlungen für die folgende Periode 2025 bis 2027 zu führen sein.

Mein Ziel ist, den eingeschlagenen Entwicklungspfad fortzusetzen, was bedeutet: die Abdeckung der Indexierung – das ist ja auch im Regierungsprogramm vorgesehen –, außerdem die Vorführung der Universitätsfinanzierung Neu, die sich ja an bestimmten Parametern, wie etwa der Zahl der Studierenden, der Betreuungsrelation und so weiter, orientiert.

Es geht außerdem darum, dass wir den Bauleitplan für die Gewährleistung einer modernen Infrastruktur fortsetzen und dass wir außerdem darüber hinaus auch für die Fachhochschulen entsprechend Sorge tragen.

Mein Ziel ist, dass in der nächsten Budgetverhandlung für alle Bereiche entsprechend Geld zur Verfügung gestellt wird, um Wissenschaft und Forschung auch weiterhin sicherzustellen.

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Kaniak. – Bitte sehr.

Abgeordneter Mag. Gerhard Kaniak (FPÖ): Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben gerade für die nächsten zwei Jahre einen Ausbau der Medizinstudiensplätze um circa 200 angekündigt. Jetzt hat die Österreichische Ärztekammer in ihren Prognoserechnungen bis 2030 oder für die nächsten zehn Jahre eine Pensionierungswelle von fast 15 000 Ärzten vorhergesagt.

Wie wollen Sie die Lücke von weiteren mindestens 300, 400, 500 Ärzten pro Jahr, die notwendig wären, um allein die Pensionierungswelle abzudecken, mit den bisherigen Maßnahmen kompensieren? Wie wollen Sie vor allem auch im Bereich der Zahnmedizin, in dem wir seit dem Entfall der Quotenregelung einen ganz eklatanten Mangel vor allem in Westösterreich haben – österreichweit aktuell circa 150 freie Kassenstellen; aktuell hat in Linz gerade das größte zahnmedizinische Kassenambulatorium den Vertrag gekündigt; und an der Medizinischen Universität Innsbruck beträgt im Bereich Zahnmedizin die Ausländerquote ungefähr 40 Prozent –, dafür Sorge tragen, dass in diesem Fachbereich ausreichend Ärzte ausgebildet werden und die Versorgungslücke für die österreichische Bevölkerung möglichst zeitnah geschlossen wird?

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung Dr. Martin Polaschek:

Man muss in Erinnerung rufen, dass die Zahl der Absolventinnen und Absolventen durchaus eine hohe ist. Im letzten Studienjahr haben über 1 600 Personen ein medizinisches Studium – Masterstudien genauso wie Diplom- und Doktoratsstudien – abgeschlossen. Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen ist durchaus hoch. Die Schwierigkeit besteht darin, dass die Personen, die ein Studium abschließen, danach nicht in die entsprechenden Bereiche gehen. Da geht es auch um eine Attraktivierung des gesamten Berufsfeldes.

Die Bedarfsberechnungen, die Sie angesprochen haben, schwanken. Aufgrund der zahlreichen Akteure im medizinischen Bereich gibt es verschiedene Berechnungen, was den Gesamtbedarf an Medizinerinnen und Medizinern betrifft, und auch, was die Zahnmedizin angeht. Vonseiten der Universitäten kann man nur festhalten, dass genügend Absolventinnen und Absolventen vorhanden sind. Wir sehen nur, dass leider auch die österreichischen Absolventinnen und Absolventen nicht in die ärztlichen Berufe gehen.

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Die nächste Anfrage stellt Frau Abgeordnete Kuntzl. – Bitte sehr.